

# Patrick Schreiber



Nr. 10 / 20.12.2010

Ihr Landtagsabgeordneter  
in der Dresdner Altstadt & Neustadt,  
Johannstadt & Friedrichstadt

## NEWSLETTER

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Interessenten meines Newsletters,

das Weihnachtsfest steht vor der Tür und das Jahr 2010 neigt sich dem Ende entgegen.

*Zeit*, um inne zu halten.

*Zeit*, um sich den Menschen zu widmen, die man liebt: Familie und Freunde.

*Zeit*, sich zu erinnern: An Positives, die freudigen Erlebnisse und das Besondere des vergehenden Jahres.

Aber auch *Zeit*, um sich Negatives, Enttäuschungen und begangene Fehler ins Gedächtnis zu rufen, einzugestehen und daraus Einsicht und Optimismus fürs neue Jahr zu gewinnen.

Mir persönlich geben diese Momente der weihnachtlichen Besinnung auch die Möglichkeit, die politischen Ereignisse und Entscheidungen des Jahres 2010 noch einmal zu analysieren und zu reflektieren. Im weiteren Verlauf möchte ich Sie nun über meine Aktivitäten in der letzten Zeit informieren. Gleichzeitig wünsche ich Ihnen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest sowie einen guten Start ins Jahr 2011.

Herzliche Grüße  
Ihr  
Patrick Schreiber



### Volkstrauertag 2010

*„Wer sich nicht erinnert, wer vergisst, wer verdrängt - der kann Zukunft nicht gestalten, kann Frieden nicht wahren, weil er nicht weiß, was Krieg und Gewalt bewirkt!“ (Hildegard Pfalzgraf)*

Gemeinsam mit meinen Kollegen Aline Fiedler MdL und Christian Piwarz MdL legte ich am 14. November 2010 stellvertretend für die CDU-Landtagsfraktion einen Kranz auf dem Dresdner Heidefriedhof nieder.

Im Jahr 1922 fand die erste Gedenkstunde im Reichstag statt. Von den Nationalsozialisten wurde dieser Tag später als Heldengedenktag missbraucht.

1950 ereignete sich dann die erste, vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge organisierte, Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag in Bonn. Erst 1952 beschloss man den Volkstrauertag auf den vorletzten Sonntag im Kirchenjahr (evangelisch) bzw. den 33. Sonntag im Jahreskreis (katholisch) zu datieren. Einerseits wurde diese Verlegung getroffen, um sich von dem ursprünglichen Termin abzugrenzen, der durch die NS-Zeit negativ konnotiert war. Andererseits bestimmen die Themen Zeit, Ewigkeit und Tod theologisch das Ende des Kirchenjahres.

Heute symbolisiert er einen Gedenktag - zur Mahnung für Frieden, gegen Krieg und Gewaltherrschaft, an dem allen Toten der beiden Weltkriege gedacht wird.

# NEWSLETTER

Landtagsabgeordneter Patrick Schreiber



## Unterstützung der Dresden Titans

Ehrenamtliches Engagement ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Auch ich möchte dazu meinen Beitrag leisten. Weil ich Fan des Basketballsports bin, unterstütze ich deshalb seit einiger Zeit den Dresdner Basketballclub Dresden Titans e.V. als Mitglied.

Die Landeshauptstadt Dresden ist nicht nur eine Kulturmetropole, sondern zweifelsfrei auch eine Sportstadt mit vielen Begeisterten und den geeigneten Rahmenbedingungen. Das neu gebaute Fußballstadion, die EnergieVerbund Arena und die hervorragenden Ausbildungsmöglichkeiten für junge Sportlerinnen und Sportler an den hiesigen Sportschulen sind nur eine Auswahl und stehen sinnbildlich dafür.

Bei allem „Hype“ um die Vereine der populären Sportarten, wie die Fußballmannschaft der SG Dynamo Dresden oder die Dresdner Eislöwen, sollte der Breitensport und andere aufstrebende Sportarten und deren Vereine nicht aus den Augen verloren werden. Einer dieser ambitionierten Clubs sind die Dresden Titans! Die Basketballer stiegen im Jahr 2010 auf und spielen mittlerweile in der 1. Basketball-Regionalliga Südost, Deutschlands dritthöchste Spielklasse.



Umso mehr erfüllt es mich mit Stolz, dass ich auf der diesjährigen Mitgliederversammlung zum Vizepräsidenten des Vereins gewählt wurde. Über das entgegengebrachte Vertrauen - auch einmal außerhalb meines politischen Wirkungskreises - habe ich mich sehr gefreut. In dieser Funktion unterstütze ich nun ehrenamtlich den Präsidenten, Martin Henneberg, und den Geschäftsführer, Gert Kuchler, bei allen organisatorischen Fragen rund um den Verein. Den sportlichen Teil entscheiden die Jungs um Trainer Thomas Krzywinski auf dem Feld.

## Die Zukunft der Jugendfreiwilligendienste in Sachsen

Im Zuge der Debatte um das Aussetzen der Wehrpflicht, die ja bislang vorrangig auf Bundesebene geführt wurde, veranstaltete der Arbeitskreis „Soziales und Verbraucherschutz“ der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages ein Forum zum Thema „Zukunft der Jugendfreiwilligendienste“. Dazu konnten wir am 12. November Herrn Dr. Tobias Viering als Referenten im Sächsischen Landtag begrüßen. Herr Dr. Viering ist Leiter des Referates Jugendfreiwilligendienste, Freiwilligengesetz, Freiwilligensurvey im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



ein Circa 40 Vertreterinnen und Vertreter aus den jeweiligen Fachverbänden und Initiativen, weitere Kollegen des Arbeitskreises und vom Koalitionspartner FDP verfolgten aufmerksam die Ausführungen des Referenten hinsichtlich der derzeitigen und zukünftigen Entwicklung der Freiwilligendienste in Deutschland.

Einhergehend mit dem geplanten Aussetzen der Wehrpflicht, soll auch der Zivildienst voraussichtlich ab Mitte des Jahres 2011 ausgesetzt werden. Anstelle dessen plant der Bund die Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes (BFD) ab dem 01. September 2011. Jedoch werde dieser parallel zum Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) der Länder laufen und in keinem Konkurrenzverhältnis dazu stehen. Zudem will der Bund ab dem 01. Januar 2011 die Mittel für das FSJ aufstocken und weitere 10.000 Plätze bundesweit fördern.

Welchen hohen Stellenwert die Jugendfreiwilligendienste auch in Sachsen einnehmen, erörterten mein Kollege Alexander Krauß MdL und ich in der anschließenden Diskussion mit den Beteiligten. In diesem Kontext bin ich sehr froh, dass es uns gelungen ist, die Mittel zur Förderung des FSJ in den kommenden beiden Jahren deutlich zu erhöhen. Der Regierungsentwurf sah für die Förderung des FSJ im Doppelhaushalt 2011/2012 jeweils



# NEWSLETTER

## Landtagsabgeordneter Patrick Schreiber



900.000 Euro vor - das entspricht 500 geförderten FSJ-Stellen. In den Haushaltsverhandlungen einigten sich CDU und FDP auf die Bereitstellung von 1,4 Millionen Euro (777 geförderte FSJ-Stellen) im Jahr 2011 und 1,3 Millionen Euro (722 geförderte FSJ-Stellen) im Jahr 2012. Außerdem werden aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) jährlich weitere 170 FSJ-Stellen für benachteiligte Jugendliche sowie weitere 300 Stellen für das Freiwillige Ökologische Jahr gefördert.

Damit schaffen wir eine gute Basis, um auch in den kommenden Jahren jungen Menschen die Gelegenheit zu geben, eine wichtige Phase der Lebens- und Berufsorientierung zu absolvieren.

### Aktuelle Bürgersprechstunde im Januar 2011

Am **Dienstag, 25. Januar 2011, 17.00 Uhr bis 19.00 Uhr** findet meine monatliche Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro (Antonstraße 15, 01097 Dresden) für den Wahlkreis 45, Dresden 3 statt, zu der Sie herzlich eingeladen sind, mit mir ins Gespräch zu kommen.

Interessierte Bürger melden sich bitte vorab unter **0351 - 655 737 60** oder **buero@schreiber-patrick.de** zur Sprechstunde an.

### Im Landtag beschlossen:

#### Der sächsische Doppelhaushalt 2011/2012

In seiner letzten Sitzungswoche im Jahr 2010, vom 14. - 17. Dezember, beriet der Sächsische Landtag abschließend Es galt, das Land Sachsen auf die Zeit nach dem Auslaufen des Solidarpaktes kontinuierlich vorzubereiten. Aber auch auf Grund der demografischen Entwicklung müssen wir weiterhin mit sinkenden Einnahmen zurechtkommen. Bis ca. 2025/2030 werden in Sachsen noch mal 300.000 Menschen weniger leben – eine Größenordnung vergleichbar mit der Stadt Chemnitz.

Bei allen Schwierigkeiten und unangenehmen Entscheidungen haben wir es dennoch geschafft, einen Staatshaushalt ohne jegliche Neuverschuldung für die kommenden beiden Jahre aufzustellen.

Dies ist in dieser Form nicht nur einmalig in ganz Deutschland, sondern auch im Hinblick auf die kommenden Generationen der richtige Weg. Wir wollen auch künftig noch freiwillige Leistungen finanzieren können und schaffen mit einem Haushalt ohne neue Schulden die Grundlage dafür.

Innerhalb der Plenarsitzung wurde ebenfalls eine Veränderung bei der Grundentschädigung der sächsischen Landtagsabgeordneten beschlossen. Da dies in der öffentlichen Debatte teilweise verzerrt dargestellt wird, möchte ich Sie im Folgenden kurz über die wesentlichsten Punkte der Reform informieren.

#### CDU- und FDP-Landtagsfraktion einigen sich auf grundlegende Reformen der Abgeordnetenentschädigung und -altersversorgung

Die in der vergangenen Legislaturperiode beschlossene Koppelung der Grundentschädigung an Richterbezüge gibt es künftig nicht mehr. Die nächste Stufe der Erhöhung von 4.835 Euro auf 5.249 Euro, die in diesem Jahr gegriffen hätte, wird es somit nicht mehr geben – über zwölf Monate gerechnet ein Sparbeitrag von 655.776 Euro.

# NEWSLETTER

Landtagsabgeordneter Patrick Schreiber



## ➔ Indexmodell nach objektiven Kriterien

Stattdessen wird die Entwicklung der Diäten an objektive und für jedermann nachprüfbare Indikatoren der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen gekoppelt. In dem deutschlandweit beispiellosen Indexmodell fließen künftig zu jeweils 45 Prozent das Arbeitnehmereinkommen in Sachsen über alle Branchen und das sächsische Bruttoinlandsprodukt ein sowie zu jeweils fünf Prozent der Rentenwert Ost und das Arbeitslosengeld II. Die Diätenentwicklung ist damit vollständig an den wirtschaftlichen Erfolg Sachsens geknüpft, an die Entwicklung der Einkommen sächsischer Arbeitnehmer, Rentner und Arbeitslosengeld-II-Empfänger. Das neue Indexmodell würde bei den derzeit vorliegenden Daten in diesem Jahr eine Erhöhung von wahrscheinlich knapp 95 Euro bedeuten (zum Vergleich: nach gültigem Modell wären es +414 Euro gewesen).

Erstmals – ebenso deutschlandweit einmalig – können die Diäten damit auch stagnieren – sogar sinken. Die wirtschaftliche Entwicklung von 2008 auf 2009 auf die Jetzt-Zeit projiziert, würde dies beispielsweise ein monatliches Diäten-Minus von 22 Euro bedeuten. Zudem werden Leistungskriterien für die Abgeordneten verschärft: Abzüge für die Abwesenheit von Abgeordneten oder Fernbleiben von Abstimmungen werden erhöht. Wer sich beispielsweise an einem Plenartag ohne gültige Beurlaubung nicht in die Anwesenheitsliste einträgt, verliert 95 Euro (bisher: 61,36 Euro). Wer eine Wahl verpasst, verliert 30 Euro (bisher: 20,45 Euro).

## ➔ Wahlmodelle bei der Altersversorgung

Die Altersversorgung wird schließlich komplett umgestellt. Denn das erst in der vergangenen Legislaturperiode beschlossene Modell eines Abgeordnetenversorgungswerkes funktioniert mit der zu geringen Zahl der Abgeordneten im Landtag objektiv nicht. Deshalb gibt es eine neue Wahlfreiheit bei der Altersversorgung von Abgeordneten.

Abgeordnete können sich dafür entscheiden, 936 Euro für ihre Altersversorgung zu bekommen. Das ist der Höchstbetrag, den auch ein Arbeitnehmer in der gesetzlichen Rentenversicherung hat. Dieser Betrag wird nicht dem Abgeordneten ausgezahlt, sie kann in die gesetzliche Rentenversicherung ebenso eingezahlt werden wie in staatlich lizenzierte Altersvorsorgen (etwa berufsständische Versorgungswerke, Riester- oder Rürup-Modelle).

## ➔ Basis- und Höchstbeträge der Altersversorgung abgeschmolzen

Eine weitere Möglichkeit ist ein neues Modell der Altersversorgung, das sich an das Modell der 1. bis 4. Legislaturperiode anlehnt: Einzahlungen in die Altersversorgung gibt es ähnlich wie bei Beamten nicht, später wird aus der Staatskasse die Altersversorgung bezahlt. Diese wird aber immer weiter erheblich abgeschmolzen. Der – übrigens deutschlandweit niedrigste – Basis-Anspruch (30 Prozent der Grunddiät) wird in der ersten Stufe nach zehn Jahren im Landtag erreicht, ab dem gesetzlichen Renteneintrittsalter von 67 Jahren. In der 7. Legislaturperiode werden es nur noch 25 Prozent ab 67 Jahren sein.

Der – ebenfalls deutschlandweit niedrigste – Höchstbetrag wird nach 20 Jahren im Landtag bei 63 Prozent liegen (bisher: 70 Prozent), ab einem Alter von 62 Jahren (bisher: 58 Jahre). Auch der jährliche Zugewinn an Versorgungsansprüchen durch mehr als zehn Jahre im Landtag wird abgeschmolzen: Der jährliche Zugewinn über zehn Jahre hinaus beträgt nicht mehr 3,5 Prozent der Grundentschädigung, sondern in der ersten Stufe in dieser Legislaturperiode drei Prozent und wird bis zur 7. Legislaturperiode weiter auf 2,5 Prozent gesenkt.

Weiterhin sollen schließlich die Pauschalen für Mitarbeiter der Abgeordneten erhöht werden, von 2.617 Euro monatlich auf 3.153 Euro. Dies entspricht der niedrigsten Eingruppierung eines Akademikers im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen.